

# WIR MACHEN`S EINFACH

20 Jahre Konversion in Rheinland-Pfalz





Das Jahr 2010 bietet in mehrerer Hinsicht Anlass, Rückschau zu halten auf die Geschehnisse vor 20 Jahren. 1990 bildete die Wiedervereinigung eine wichtige Zäsur in der deutschen Geschichte, welche die politische und gesellschaftliche Entwicklung in Deutschland und Europa bis heute beeinflusst. Gleichzeitig blicken wir in Rheinland-Pfalz im Jahr 2010 auf 20 Jahre zivil-militärische Konversion zurück, die durch jene politischen Umwälzungen ausgelöst wurden.

Mit der Annäherung zwischen Ost und West nach dem Fall der Mauer wurde die Notwendigkeit der massiven Truppenpräsenz aus Zeiten des Kalten Krieges in Frage gestellt. Viele Einrichtungen der Bundeswehr, vor allem aber der US-amerikanischen und französischen Gaststreitkräfte wurden in der Folge geschlossen, Arbeitsplätze gingen in großem Umfang verloren.

Zu Beginn der rheinland-pfälzischen Konversionsgeschichte war nicht sicher, ob die Bewältigung

dieser größten finanziellen Herausforderung, vor die Rheinland-Pfalz seit dem Zweiten Weltkrieg gestellt wurde, aus eigener Kraft gelingen würde. Insbesondere das Ausbleiben einer Unterstützung des Bundes erschwerte die Aufgabe für unser Land zusätzlich. In dieser Situation war das Wichtigste, die Angst vieler tausender Menschen vor Arbeitslosigkeit zu nehmen und das wirtschaftliche Ausbluten der Regionen zu verhindern, die am stärksten vom Truppenabzug betroffen waren. Die Landesregierung entschied sich für einen Weg, den es noch in keinem anderen Land gab, und beauftragte einen besonderen Kabinettsausschuss – das Konversionskabinett – mit der Koordination dieser zentralen Aufgabe. Somit wurde *Konversion* – die Umwandlung ehemals militärisch genutzter Flächen und Einrichtungen in zivile Folgeprojekte – fast über Nacht zum bestimmenden Thema der Landespolitik.

Als Zwischenbilanz können wir heute feststellen: Landesweit wurden Projekte initiiert und erfolgreich



durchgeführt, haben Beschäftigte, die vom Abzug der Stationierungstreitkräfte und von der Bundeswehrreform betroffen waren, neue berufliche Perspektiven gefunden. Frühere militärische Wohnsiedlungen wurden zu familienfreundlichem Wohnraum umgestaltet, Forschung und Lehre haben neue Standorte erhalten – das alles auf Flächen, die zuvor ausschließlich für militärische Zwecke verwendet worden waren.

Konversion wurde als Chance und Instrument begriffen, Strukturwandel aktiv zu gestalten. Wir wollten neue zukunftsorientierte Impulse für eine wirtschaftliche Kompensation in den betroffenen Gebieten auslösen. Hierfür wurden über die letzten 20 Jahre insgesamt 1,6 Mrd. Euro investiert und sehr viel mehr zivile Arbeitsplätze geschaffen als bei den militärischen Arbeitgebern je bestanden hatten. Im Ergebnis haben Konversion und Konversionspolitik dazu beigetragen, unser Land zukunftsfester und krisensicherer zu machen. Über Konversionsprojekte konnte die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes

Rheinland-Pfalz weiter vorangebracht werden. Das traditionelle Stellenangebot im verarbeitenden Gewerbe konnte um zukunftssträchtige Arbeitsplätze – z.B. in den Informations- und Kommunikationstechnologien – ergänzt werden.

An dieser Stelle möchte ich den zahlreichen Akteuren und Ratgebern danken, die während zweier Jahrzehnte den Konversionsprozess mit Engagement, Zuversicht und Fachwissen begleitet haben. Trotz der zu verzeichnenden Erfolge ist das Thema Konversion in Rheinland-Pfalz nicht abgeschlossen: Die Erfahrungen, die wir aus dem Konversionsprozess gewinnen konnten und gewinnen, helfen dabei, weitere anstehende Zukunftsaufgaben des Strukturwandels zu bewältigen.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre dieser Broschüre. Weitere Hintergrundinformationen finden Sie unter [www.konversion.com](http://www.konversion.com).

Kurt Beck  
Ministerpräsident

# INHALT

<b>Vorwort</b>	2	<b>3</b>	<b>Beispiele</b>	
<b>Inhaltsverzeichnis, Impressum, etc.</b>	4	3.1	Martin-Luther-King-Park, Mainz	22
<b>1</b>	<b>Hintergrund</b>	3.2	Kooperation mit US-Streitkräften	24
1.1	Ausgangssituation	3.3	Trier Petrisberg	26
1.2	Umbruch	3.4	Flughafen Frankfurt-Hahn	28
1.3	Aufbruch	3.5	Umwelt-Campus Birkenfeld	30
1.4	Zielsetzung	3.6	PRE-Park Kaiserslautern	32
1.5	Strategien	3.7	Flugplatz Zweibrücken	34
1.6	Strukturen und Instrumente	4	<b>Perspektiven</b>	
<b>2</b>	<b>Themen</b>	4.1	Zwischenbilanz	36
2.1	Wohnungskonversion	4.2	Überblick	37
2.2	Beschäftigungskonversion	4.3	Agenda Konversion	38
2.3	Städtebauliche Erneuerung	4.4	Herausforderungen der Zukunft	40
2.4	Wirtschaftsförderung	4.5	Entwicklungsansätze	41
2.5	Hochschulkonversion			

## Herausgeber:

Ministerium des Innern und für Sport  
Schillerplatz 3 – 5  
55116 Mainz

Telefon: 06131 – 160  
Telefax: 06131 – 163595  
poststelle@ism.rlp.de



RheinlandPfalz

MINISTERIUM DES INNERN  
UND FÜR SPORT

in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen (MASGFF), dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur (MBWJK), dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau (MWVLW) und dem Ministerium für Finanzen.

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Rheinland-Pfalz herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einer politischen Gruppe verstanden werden könnte.

# 1. HINTERGRUND

## 1.1 Ausgangssituation

Seit den 1950er Jahren bis zur Wiedervereinigung war Rheinland-Pfalz eines der am stärksten von Truppenstationierungen geprägten Bundesländer. Insbesondere die zur damaligen Zeit strukturschwachen Regionen Hunsrück und Westpfalz waren Schwerpunkte militärischer Standorte. Im Rahmen des Verteidigungsbündnisses der NATO spielte Rheinland-Pfalz nicht nur als Standort für die Bundeswehr eine besondere Rolle, sondern war ebenfalls Gastgeber für die französische Armee sowie insbesondere für eine große Zahl an US-Verbänden.

Zu Zeiten der stärksten Militärpräsenz Mitte der 1980er Jahre waren rund 127.000 Soldaten und deren Familien in Rheinland-Pfalz stationiert – heute sind hiervon nur noch 40 Prozent verblieben. Die US-Streitkräfte nahmen mit knapp 70.000 Soldaten den

größten Anteil ein, gefolgt von der Bundeswehr mit rund 40.000 und der französischen Armee mit etwa 17.000 Soldaten.

Mit der enormen Dichte an Militärstandorten gingen sowohl Vor- als auch Nachteile einher: Einerseits stellten Lärm sowie Luft- und Bodenverschmutzungen erhebliche Belastungen für Natur und Bevölkerung dar, andererseits war das Militär ein wichtiger, in den Regionen Westpfalz und Hunsrück sogar der wichtigste Wirtschaftsfaktor. Annähernd 50.000 Rheinland-Pfälzer arbeiteten im Jahr 1986 als zivile Angestellte bei Bundeswehr, französischer Armee und insbesondere den US-Streitkräften. Damit war das Militär drittgrößter (ziviler) Arbeitgeber im Land nach BASF und öffentlicher Verwaltung.



## 1.2 Umbruch

Mit dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ im Jahr 1989 und dem damit verbundenen Ende der Ost-West-Konfrontation des Kalten Krieges entfiel die Notwendigkeit der Militärpräsenz im bisherigen Umfang. Politisch und gesellschaftlich ausnahmslos begrüßt, erzeugten die sich abzeichnenden Veränderungen gleichzeitig neue Sorgen für Kommunen und Arbeitnehmer in Rheinland-Pfalz: Mit dem bevorstehenden Abzug der Streitkräfte würden mehrere zehntausend Arbeitsplätze verloren gehen, die Kaufkraft in den Regionen mit großen Militärstandorten würde einbrechen und dadurch weitere Bereiche in Handel und Dienstleistung mit in einen sich verstärkenden Abwärtssog gezogen.

Der Umfang des Truppenabbaus und die damit verbundenen wirtschaftlichen Ausfälle stellten für ein Land von der Größe Rheinland-Pfalz' eine enorme wirtschaftspolitische Herausforderung dar: So wurden seit 1990 insgesamt 104.000 zivile und militärische Arbeitsplätze gestrichen oder verlagert und 640 militärische Liegenschaften aufgegeben. Als Folge war ein Wertschöpfungsverlust von jährlich rund 1,6 Milliarden Euro zu verzeichnen.

## 1.3 Aufbruch

Als sich 1991 die erste Welle von Standortschließungen bei den in Rheinland-Pfalz stationierten Streitkräften der USA und Frankreichs abzeichnete, reagierte die Landespolitik engagiert und im weitgehend parteienübergreifenden Konsens auf die bevorstehenden Herausforderungen. Das Thema Konversion wurde als eine Gemeinschaftsaufgabe der Landesregierung verstanden, das Zusammenwirken der betroffenen Ministerien war dabei selbstverständlich.

In kurzer Zeit mussten Lösungen für bisher nicht absehbare Aufgaben gefunden werden. Rheinland-Pfalz entschied sich im Rahmen der Konversionspolitik für einen Weg, der die Veränderungen nicht nur verwaltet, sondern aktiv gestaltet. Die Aufgabe vieler Militärstandorte löste einerseits direkte Umstrukturierungsprozesse aus und beschleunigte andererseits den allgemeinen Strukturwandel. Der Umbruch wurde als Aufbruch in die nachhaltige Gestaltung des Landes verstanden.



Oberstes Ziel der Landespolitik im Umgang mit den Herausforderungen des militärischen Strukturwandels war und ist die Sicherung von bestehenden und die Schaffung neuer Arbeitsplätze. Dies wurde effektiv über die Kombination von Programmkomponenten erreicht, die zum einen den Betroffenen direkte Hilfe leisten und zum anderen auf eine nachhaltige wirtschaftliche Stabilisierung abzielen:

- Landessonderprogramm für Zivilbeschäftigte
- Politische Bemühungen zum Erhalt einiger wichtiger Militärstandorte mit hoher regionaler Wertschöpfungskraft, hohem Arbeitsplatzangebot und dauerhafter Perspektive („Konversionsvermeidung“)
- wirtschaftliche Neuausrichtung durch die Entwicklung von zivilen Folgenutzungen („Konversion“)





## 1.4 Zielsetzung

Die Konversion, der Wandel von militärischer in zivile Nutzung, fußt im Wesentlichen auf der Beschäftigungs- und der Liegenschaftskonversion.

Primäres Ziel der Beschäftigungskonversion ist der Erhalt und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Dies geschieht zum einen durch Standortsicherungen, zum anderen durch Erhöhung des Qualifikationsniveaus der Zivilbeschäftigten. Am Beispiel des US-Standortes Baumholder, eine der größten deutschen US-Garnisonsstädte, lässt sich dies eindrucksvoll erläutern: Jahrelang plante die US-Regierung, den Standort Baumholder zu schließen. Für die strukturschwache Region hätte dies sowohl arbeitsmarktpolitisch als auch wirtschaftlich einen enormen Verlust bedeutet. Es wurden Maßnahmen zur Qualifizierung der Zivilbeschäftigten und zur Verbesserung der Infrastruktur durchgeführt. Das Konversionskabinett setzte sich vehement für den Erhalt des Standortes ein. Letztendlich konnte eine Schließung abgewendet werden. Im Juni 2010 gab das US-Verteidigungsministerium bekannt, dass 405 Militärangehörige von Heidelberg bzw. Mannheim nach Baumholder verlegt werden. Dies sichert den Erhalt von rund 1.000 Arbeitsplätzen in der Region Birkenfeld.

Bei der Liegenschaftskonversion, der Umnutzung von freiwerdenden Flächen und Gebäuden im Sinne einer aktiven Gestaltung des Wandels, geht es vorrangig darum, nachhaltige Prozesse anzustoßen, die sich nach einer Phase des Anschubs eigenständig weiter-

entwickeln. Strukturell verfolgt die Konversionspolitik dabei zwei grundlegende Zielsetzungen:

- Die Durchführung einzelner Konversionsprojekte, um eine Nachnutzung einzelner Flächen und Einrichtungen zu erreichen.

*Ein Beispiel ist die Umwandlung der früheren US- Air Base Hahn in einen zivilen Fracht- und Passagierflughafen (siehe S. 28).*

- Die Stärkung von ganzen Regionen über thematische Schwerpunktsetzung und Vernetzung im Rahmen mehrerer Konversionsprojekte.

*Ein Beispiel bietet die Stadt Kaiserslautern, die durch die Ansiedlung von Forschungsinstituten und Technologieunternehmen auf zwei Konversionsflächen zu einem Zentrum von Technologie und Forschung entwickelt wurde (siehe S. 32).*

Die Beispiele zeigen, dass im Rahmen der Konversion nachhaltige Entwicklungen angestoßen werden können. Dabei können entweder bestehende Potenziale verstärkt und zielgerichtet angepasst werden (z.B. Erhalt des US-Standortes Baumholder) oder gänzlich neue Impulse für die Regionalentwicklung gesetzt werden (z.B. Transport- und Logistikstandort Hahn/Hunsrück).

## 1.5 Strategien

Um Handlungsspielräume für die betroffenen Beschäftigten und in der Entwicklung von Konversionsflächen zu eröffnen, ist eine schnelle und entschlossene Reaktion aller Beteiligten erforderlich. Rheinland-Pfalz hat hierbei erfolgreich versucht, dem Landesmotto – Wir machen's einfach! – in zweifacher Hinsicht gerecht zu werden:

Die Strategie der Beschäftigungskonversion ist, den Wandel aktiv zu begleiten und im Sinne der Betroffenen positiv zu beeinflussen. So wurde über die Jahrzehnte hinweg ein Netzwerk zu den verantwortlichen Militärangehörigen sowie deren zivilen Vertretern aufgebaut. Frühzeitig erhaltene Informationen über geplante Veränderungen konnten zeitnah analysiert und mit den Instrumentarien der Beschäftigungskonversion begleitet oder verändert werden. Rheinland-Pfalz hat sich hierdurch den Ruf eines verlässlichen und hilfreichen Partners erarbeitet und den Wandel im Vergleich zu anderen Bundesländern deutlich besser gestaltet.

In der Liegenschaftskonversion wurde die in dieser Form gänzlich neue Herausforderung großflächiger Konversion in enger und guter Kooperation mit den betroffenen Kommunen zügig angegangen. Es wurden Strukturen und Instrumente parallel zu den ersten Projekten entwickelt und den jeweiligen Bedürfnissen für eine erfolgreiche Projektrealisierung angepasst. Zum anderen wurde auf eine hohe Flexibilität der Programme und Instrumente Wert gelegt, um die komplexe Aufgabe der Projektrealisierung nach Möglichkeit zu vereinfachen.

Neben dem Aufbau effektiver Strukturen und der Bereitstellung umfangreicher Fördermittel als Anschubfinanzierung für neue Projekte stellte die politische Moderation eine komplexe Herausforderung dar. So musste einerseits die bei Militär- und Industrieflächen häufig notwendige Altlastensanierung organisiert und durchgeführt werden. Andererseits mussten mit dem vorübergehenden Eigentümer der Flächen – dem Bund – geeignete Verwertungskonzepte erarbeitet werden. Schließlich kam dem Land die Aufgabe zu, Investoren für die aufbereiteten Flächen zu finden. Von entscheidender strategischer Bedeutung für den Erfolg der Konversionsbemühungen stellten sich intensive Beratungs- und Dienstleistungsangebote gegenüber den beteiligten Kommunen und Investoren heraus: Für Unternehmer, Städte- und Gemeinden sind Konversionsprojekte in der Regel eine bisher unbekannte Herausforderung, während das Land im Zuge der Konversion häufig an Projekten dieser Art beteiligt ist. Das dabei mit der Zeit aufgebaute Know-How auf Landesebene trägt über den direkten Dialog mit den jeweiligen Projektbeteiligten zur effektiven Prozesssteuerung bei.

Weiterer wichtiger Baustein dieses „lernenden Systems Konversion“ ist die Erfolgskontrolle. Zwei umfassende Evaluationen (2001 und 2005) lieferten wichtige Erkenntnisse über Erfolge und Problempunkte einzelner Projekte aber auch der angewendeten Strategien. Sie wurden und werden zur Weiterentwicklung des Systems Konversion in Rheinland-Pfalz eingesetzt.

## 1.6 Strukturen und Instrumente

Für die Großaufgabe Konversion in Rheinland-Pfalz wurde von Anfang an eine moderne, dezentrale Managementstruktur des Landes aufgebaut: Auf Ebene der Landesregierung wurde ein eigener Kabinettsausschuss, das sog. Konversionskabinett eingerichtet, dem der Ministerpräsident, der Innen- und der Wirtschaftsminister, der Finanzminister sowie die Arbeitsministerin angehören. Ergänzend fand ein enger interministerieller Austausch auf Arbeitsebene statt. Über die Abstimmung der Schlüsselressorts im Bezug auf das Thema Konversion konnte eine effektive Steuerung erreicht werden, da:

- die Konversionsaufgabe vom Ministerpräsidenten zur Chefsache erklärt wurde,
- die Fachkompetenz der beteiligten Ministerien in vollem Umfang genutzt werden konnte – anders als dies bei der Einrichtung eines separaten Konversionsgremiums möglich gewesen wäre – und
- notwendige ressortübergreifende Entscheidungen zügig und in enger Abstimmung angegangen und umgesetzt werden konnten.

Zur finanziellen Förderung von Konversionsprojekten wurde ein eigenes Landesprogramm aufgelegt, über das Mittel ressortunabhängig für einzelne Projekte gezielt zur Verfügung gestellt werden können. Ergänzend sind eine Clearingstelle Konversion (Koordination) sowie weitere Institutionen für die Information

und Projektsteuerung vor Ort eingerichtet worden, um die direkte Abstimmung mit den Beteiligten sicherzustellen. Seit 2003 unterstützt die Entwicklungsagentur Rheinland-Pfalz e.V. im Auftrag des Ministeriums des Innern und für Sport die Konversion in Rheinland-Pfalz als Mittler und Berater. Für die betroffenen Zivilbeschäftigten wurden landesweit Beratungsbüros eingerichtet, die diese bei der beruflichen Neuorientierung unterstützen. Darüber hinaus hat das Arbeitsministerium die Kopfstelle Zivilpersonal beim Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung (LSJV) ins Leben gerufen und so eine wichtige Schnittstelle zwischen den Betroffenen vor Ort und dem Konversionskabinett geschaffen.

Insgesamt wurde bei der Ausgestaltung der Managementstrukturen ein besonderer Wert darauf gelegt, flexible Instrumente zu schaffen, die einer schnellen Realisierung von Projekten nicht im Weg stehen, Handlungsspielräume wahren und offen für eine maßgerechte Anpassung an die von Projekt zu Projekt unterschiedlichen Bedürfnisse sind. Auf Arbeitsebene wurde hierfür ein Pool an unterschiedlichen Rechts- und Förderinstrumenten geschaffen, die es ermöglichen, im Baukastenprinzip einzelne Vorhaben individuell zu unterstützen. Gleichzeitig bleibt die Kohärenz der Maßnahmen gewahrt, da ein gemeinsamer Rahmen über das Landesprogramm Konversion und das Konversionskabinett geschaffen wurde.

## 2. THEMEN

### 2.1 Wohnungskonversion

Das Wohnungsbau-Sonderprogramm „Konversion“ wurde 1992 als ein wichtiger Beitrag zur Minderung und Beseitigung der vielfältigen Folgen des Truppenabbaus und der Standortschließungen in Rheinland-Pfalz geschaffen und hat sich zu einem zentralen Instrument der rheinland-pfälzischen Wohnungspolitik entwickelt. Insbesondere vielen jungen Familien im Lande konnte so zu erschwinglichen Preisen zu einer Miet- bzw. Eigentumswohnung verholfen werden.

Das Finanzministerium stellt im Wohnungsbau-Sonderprogramm „Konversion“ in den folgenden Teilprogrammen Fördermittel zur Verfügung:

#### a. Landeskonversionsprogramm „Miete“

Mit dieser Verwaltungsvorschrift hat das Ministerium der Finanzen ein Programm zur Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Sozialmietwohnungen

aufgelegt. Das Programm sieht bei der Umwandlung in Mietwohnungen Landeszuschüsse in Höhe von 154 Euro bzw. 256 Euro pro m<sup>2</sup> Wohnfläche vor, je nach Einkommen des künftigen Mieters. Zusätzlich ist noch die Förderung von Wohnumfeldverbesserungen auf den, im Eigentum des Antragstellers stehenden, ehemals militärisch genutzten Wohnanlagen möglich.





### **b. Landeskonzessionsprogramm „Eigentum“**

Im Rahmen ihrer Konversionspolitik hat die Landesregierung mit der Verwaltungsvorschrift „Umwandlung ehemaliger Militärwohnungen in Eigentumswohnungen“ ein weiteres Konversionsprogramm aufgelegt, mit dem vor allem Familien mit geringem Einkommen der Erwerb von Wohneigentum ermöglicht werden soll.

Das Programm sieht bei der Umwandlung in selbstgenutzte Eigentumswohnungen einkommensabhängige Landeszuschüsse in Höhe von 103 Euro bzw. 256 Euro pro m<sup>2</sup> Wohnfläche vor.

Die Fördermittel aus diesen beiden Programmen kamen bisher überwiegend jungen Haushalten mit Kindern zugute. Das heißt, die Konversionspolitik leistet hier einen wichtigen sozial- und familienpolitischen Beitrag.

Mit den rund 83,2 Millionen Euro, die seit 1992 geflossen sind, wurden insgesamt 3.591 Wohnungen sowie 45 Maßnahmen zur Verbesserung des Wohnumfeldes der ehemaligen Militärsiedlungen gefördert (Investitionsvolumen 377 Mio. Euro).

Entscheidend für den bisherigen Erfolg der Wohnungskonversion waren die Schaffung eines unbürokratischen, flexiblen Förderprogramms und die gezielte Orientierung der Wohnungspolitik des Landes an den örtlichen Bedürfnissen. Die Fördermaßnahmen wurden in enger Abstimmung mit den Kommunen und der Wohnungswirtschaft durchgeführt. Mit den gestaffelten Pauschalbeträgen konnten die Zielgruppen effektiv erreicht werden. An vielen Orten sind städtebaulich anspruchsvolle Siedlungen entstanden, die in Fachkreisen, über die Region hinaus, Beachtung gefunden haben.

## 2.2 Beschäftigungskonversion

Anfang der 90er Jahre herrschte in vielen Familien in strukturschwachen Gebieten „Weltuntergangsstimmung“. Mit dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung wurde sehr schnell deutlich, dass durch den bevorstehenden Truppenabbau ganze Regionen in Rheinland-Pfalz massiv verändert werden, mit damals noch nicht abzusehenden Folgen für die Menschen. Bereits zu dieser Zeit, also schon sehr früh und zeitgleich mit den ersten privaten Nutzungen von frei werdenden militärischen Liegenschaften, wurden die Hilfsprogramme für die betroffenen Zivilbeschäftigten entwickelt und umgesetzt.

Die friedliche Koexistenz von US-Militärs und Deutschen sowie die darauf basierende wirtschaftliche Existenz vieler Menschen, insbesondere in Hunsrück, Westpfalz und Eifel, gerieten durch den Truppenabbau komplett aus dem Gleichgewicht. So wurden plötzlich kreditfinanzierte Immobilien, die an Militärs

vermietet wurden, zu einem massiven wirtschaftlichen Risiko. Regionale Infrastrukturen, wie z.B. Geschäfte, Restaurants oder regionale Busunternehmen, mussten angepasst, d.h. reduziert oder geschlossen werden. Ganze Familien verloren ihre existenzielle Grundlage. Wie wir heute wissen, haben seitdem alleine über 70.000 Soldaten und Soldatinnen mit ihren Familien das Land verlassen und damit zu einem kaum zu beziffernden Kaufkraftverlust geführt.

Am härtesten hat es aber die Zivilbeschäftigten bei den Streitkräften getroffen. Diese hatten in der Regel schon über Jahrzehnte bei den Streitkräften gearbeitet und ihre komplette Lebens- und Berufsplanung an den militärischen Bedingungen orientiert. Sie sahen sich stark verunsichert drohender Arbeitslosigkeit, einer möglichen Überschuldung und damit einer Perspektivlosigkeit gegenüber, mit der sie nie gerechnet hatten. Zudem machten militärspezifische





Tätigkeiten, oft ohne formale Qualifikation, sowie Tätigkeiten, die nicht dem ursprünglichen Ausbildungsberuf entsprachen, die Betroffenen quasi zu Ungelernten, die am regionalen zivilen Arbeitsmarkt keine Chance hatten.

Dieses Szenario vor Augen und mit starker Sorge um die betroffenen Menschen hat das Land schnell und pragmatisch reagiert. So wurden umfassende Sonderprogramme aufgelegt, die in Form, Inhalt und Volumen bis heute in Deutschland einzigartig sind.

Durch das Netzwerk von Beratungsbüros, das in enger Kooperation mit den örtlichen und überörtlichen Betriebsvertretungen schnell entstanden ist und über das ganze Land verteilt war bzw. ist, hatten die betroffenen Zivilbeschäftigten eine erste Anlaufstelle für ihre beruflichen, aber auch privaten Probleme und Nöte. So konnte den Einzelnen schnell und bedarfs-



gerecht geholfen werden. Ob im Bewerbungsprozess, bei der Stellenakquise oder bei der Organisation von Qualifizierungsmaßnahmen, immer wurde der oder die Betroffene von einem Berater begleitet und unterstützt. Damit konnten die beruflichen Veränderungsprozesse positiv beeinflusst werden.

Allein durch vom Land kofinanzierte Bildungsmaßnahmen wurden ca. 14.500 Beschäftigte weitergebildet und auf die Bedingungen am deutschen Arbeitsmarkt vorbereitet. Die regionalen Schwerpunkte sind und waren die Westpfalz, der Hunsrück und die Eifel. Insgesamt kamen die Programme des Landes an 46 Standorten zum Einsatz. Die Fördersumme in diesem Bereich liegt bei insgesamt ca. 20 Mio. Euro.

Fazit: Durch das Engagement des Landes wurden und werden die von Arbeitslosigkeit bedrohten Frauen und Männer in ihrer persönlichen Krise nicht allein gelassen, sondern aktiv unterstützt.



## 2.3 Städtebauliche Erneuerung

Mit der Aufgabe zahlreicher militärischer Standorte war die Herausforderung verbunden, neue Nutzungen für die brachgefallenen Areale zu finden, die hierfür erforderliche Infrastruktur zu schaffen und gegebenenfalls bereits vorhandene bauliche Strukturen an die neuen Anforderungen anzupassen. Die führende Rolle im Bereich der Städtebaulichen Erneuerung übernahm das, für die Regional- und Kommunalentwicklung zuständige, Ministerium des Innern und für Sport.

Ziel ist es nach wie vor, die Kommunen im Umgang mit den Konversionsfällen umfassend zu unterstützen und den Prozess durch fachliche Beratung, aber auch finanzielle Beihilfen, positiv zu steuern. So kann sowohl für den Abriss bestehender Gebäude als auch für deren Ankauf und die spätere Modernisierung eine umfangreiche finanzielle Förderung

bereitgestellt werden. Konzepte für eine nachhaltige Umnutzung werden in diesem Zusammenhang gemeinsam entwickelt. Dabei war und ist die möglichst frühzeitige Einbindung der Kommunen entscheidend für den Erfolg. Ähnlich wie bei den Bemühungen um eine nachhaltige Regionalentwicklung geht es auch im Rahmen der Konversion darum, in den Kommunen positive Entwicklungen anzustoßen, die die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Kommune einerseits und die Lebens- und Wohnqualität andererseits erhalten oder verbessern.

Mit dem Investitionsstock und den Programmen der Städtebaulichen Erneuerung existieren umfassende, flexibel einsetzbare Förderinstrumente: Über den Investitionsstock und das Entwicklungsprogramm, das Strukturprogramm und das Stadtumbauprogramm werden erhebliche Fördermittel aus dem Landeskon-





versionsprogramm für Konversionsprojekte bereitgestellt. Es wird eine projektübergreifende Doppelstrategie verfolgt, die einzelne Schlüsselprojekte mit flächenbezogener Förderpolitik kombiniert. Dabei werden im Sinne einer ganzheitlichen kommunalen Entwicklung einerseits die Stabilisierung von Zentren und andererseits die Stärkung ländlicher Infrastruktur angestrebt. Großprojekte, die als Motoren der Entwicklung dienen, werden in der Regel ressortübergreifend abgestimmt und finanziert. Auch private Investoren werden durch interessante Förder- und Finanzierungsmodelle erfolgreich unterstützt.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Programme und ihre Leistungsfähigkeit sind erheblich. Die geförderten Projekte und Maßnahmen leisten einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung des regionalen Arbeitsmarktes und tragen dazu bei, mittelständische



Strukturen zu sichern. Ohne die kommunalen Förderinstrumente ließen sich der Siedlungsumbau und der wirtschaftliche Wandel nicht bewältigen.

Die Förderprogramme wurden so angepasst bzw. ausgeformt, dass die mit der Konversion verbundenen Herausforderungen flexibel bewältigt werden können. Dies gilt sowohl für die Konversion militärischer (Kasernen, Depots, Flugplätze u.a.) als auch ziviler Flächen und Gebäude (Industrie-, Gewerbe-, Bahnbrachen u.a.).

## 2.4 Wirtschaftsförderung

Rheinland-Pfalz ist europaweit eine der am stärksten vom Truppenabbau betroffenen Regionen, da hier die Streitkräfte der ehemaligen Alliierten und der Bundeswehr besonders stark vertreten waren. Im Land wurden seit 1990 rund 940 Liegenschaften mit einer Fläche von fast 13.000 ha freigegeben. Die Regionen Westpfalz und Trier sowie die Landkreise Birkenfeld und Rhein-Hunsrück waren besonders hart betroffen.

Eine erfolgreiche zivile Konversion früherer Militärliegenschaften ist ohne öffentliche Hilfestellung jedoch kaum umsetzbar. Rheinland-Pfalz hat dies bereits zu Anfang der 1990er Jahre erkannt, die Grundlage für eine wirksame Unterstützung geschaffen und laufend weiterentwickelt. Sie besteht aus einem schlagkräftigen Projektmanagement auf der einen Seite und öffentlichen Fördergeldern auf der anderen. Öffentliche Fördergelder dienen in diesem Zusammenhang vor allem dazu, private Investitionen auf Liegenschaften anzustoßen, für die ansonsten kaum oder keine Entwicklungschancen bestanden hätten. Rheinland-Pfalz hat im Zuge der Konversion erhebliche Investitionen getätigt, um für die Umwandlung der früheren Militärstandorte Impulse zu setzen und wirtschaftliche Perspektiven zu schaffen. Untersuchungen haben gezeigt, dass ein zur Förderung eingesetzter Euro Investitionen von bis zu acht Euro auslöst.

Aus diesem Grund ist in Rheinland-Pfalz die Konversion Chefsache. Nirgendwo sonst gibt es ein eigenes

Konversionskabinett, in dem der Ministerpräsident und die Fachminister sich den einzelnen Projekten widmen. In den Ministerien des Innern, für Wirtschaft, Wissenschaft, Arbeit, Finanzen und Umwelt bestehen zuständige Stellen, die mit den regionalen Fachleuten aus den Gemeinden, der Wirtschaftsförderung und den Hochschulen zusammenarbeiten.

Die Handlungsfähigkeit wird durch das so genannte Landeskonversionsprogramm gewährleistet. Es bündelt eine Vielzahl fachlicher Förderinstrumente, die abgestimmt und bedarfsgerecht in den einzelnen Projekten eingesetzt werden. Das Fördervolumen der letzten beiden Jahrzehnte beträgt hier insgesamt über 1,9 Milliarden Euro. Es hat ein Vielfaches an privaten Investitionen ausgelöst und im Zeitverlauf über 50.000 Arbeitsplätze hervorgebracht.

Der Erfolg der Konversion beruht vor allem auf der konsequenten und dauerhaften Anwendung verschiedener Modelle der Wirtschaftsförderung. Wirtschaftsförderung ist eine wichtige Starthilfe um aussichtsreiche und mit einem fundierten Businessplan hinterlegte Projektideen über die Gründerphase hinaus zu begleiten und zu einem dauerhaften Erfolg im Wettbewerb zu befähigen. Wichtige Bausteine sind die Infrastrukturförderung, mit der die Kommunen bei der Erschließung von Industrie- und Gewerbeflächen unterstützt werden, sowie die einzelbetriebliche Investitionsförderung für private Inve-

storen, wobei die Fördersätze auf Konversionsflächen einzelfallabhängig höher ausfallen können, als dies im Rahmen der ‚allgemeinen‘ Wirtschaftsförderung der Fall ist.

Der gezielte Einsatz einer ganzen Palette von Förderinstrumenten hat einer über viele Jahrzehnte vor allem als Agrarland wahrgenommenen Region den Weg in die Zukunft eröffnet. Zwischen Wissenschaft, Forschung, Lehre und Produktion sind Synergien entstanden, die auf Dauer Bestand haben und die Wirtschaftsstruktur nachhaltig umgestaltet und für die Zukunft geprägt haben. Neue Wirtschaftszentren sind entstanden und neu gegründete, bzw. in ihrem Bestand ausgebauten Hochschulstandorte, schaffen Kompetenz vor Ort. Gründerzentren binden diese Kompetenz an die Region, die neu entstandenen Arbeitsplätze bewirken den Zuzug von Familien. Mit einem Wort: ganzheitliche Wirtschaftsförderung aus einem Guss.

Ein weiteres Instrument ist das Public-Private-Partnership (PPP), die Entwicklungspartnerschaft zwischen der öffentlichen Hand und der Wirtschaft. In ihr wird privates Kapital und Fachwissen zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben auf ideale Weise für die Bürger verfügbar gemacht. PPP eignet sich vor allem für größere Infrastrukturaufgaben und längerfristige Vorhaben. Zur Entwicklung größerer, freigegebener Militärstandorte eignet sich die PPP im Rahmen eines

städtebaulichen Vertrages. Das Land, die betroffene Gemeinde und ein privates Immobilienunternehmen vereinbaren darin die Ziele, Aufgaben und die Finanzierung einer Liegenschaftsentwicklung über einen längeren Zeitraum. Ein weiteres Einsatzfeld ist die gesellschaftsrechtliche Beteiligung eines privaten Unternehmens an einer öffentlichen Projektgesellschaft. Auch im Rahmen der Städtebauförderung kommt es in der Konversion zu zahlreichen Entwicklungspartnerschaften zwischen Gemeinden und Privaten.

Mit bedarfsgerechter Infrastrukturförderung und passgenauer einzelbetrieblicher Förderung wird so über die Bestandssicherung hinaus die Entwicklung in den Konversionsregionen unterstützt und die Anziehungskraft des Wirtschaftsstandortes zur Ansiedlung neuer Unternehmen erhöht. Die Landesregierung hat dabei gezielt eine Ergänzung des traditionellen Stellenangebots im verarbeitenden Gewerbe um zukunftssträchtige Arbeitsplätze, z.B. in den Informations- und Kommunikationstechnologien, unterstützt. Ziel war und ist es, die Attraktivität der durch den Truppenabbau betroffenen Regionen weiter strategisch zu stärken, damit sich die ansässigen Unternehmen nachhaltig entwickeln und neue Betriebe aus zukunftsweisenden Wachstumsbranchen für den Standort gewonnen werden können.

## 2.5 Hochschulkonversion



Mithilfe des Konversionsprogramms ist es dem Land Rheinland-Pfalz gelungen, entscheidende Impulse für die Umgestaltung bisher militärisch geprägter Regionen herbeizuführen und die durch die Truppenabzüge entstandenen Defizite mehr als zu kompensieren. Wesentlich hierzu beigetragen hat die Umwandlung militärischer Liegenschaften in moderne Wissenschaftsstandorte und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und den Wissensaustausch mit der regionalen Wirtschaft.

Neue Hochschulstandorte wurden gegründet, bestehende erweitert und so der Ausbau der rheinland-pfälzischen Hochschullandschaft voran gebracht. Mit den Konversionsmaßnahmen wurde die Attraktivität der Studienstandorte gesteigert und die Profilbildung in der Forschung gestärkt. Damit wurden die Voraussetzungen für eine Verbesserung der Lehre, des Wis-

senstransfers, der Forschung und der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und von hochqualifizierten Fachkräften für Wirtschaft und Verwaltung geschaffen.

An den neuen und erweiterten Campi studieren heute mehr als 16.500 Menschen. Für mehr als 7.000 Studierende konnten Räumlichkeiten errichtet werden. Alleine auf die Neugründungen in Zweibrücken und Birkenfeld entfallen hiervon ca. 4.600 Studierende. Durch den Ausbau des Angebots konnte einer wachsenden Nachfrage begegnet werden und wurde zur Erreichung eines zentralen Ziels der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik, der Erhöhung der Studierendenquote, beigetragen. Die stärkere Regionalisierung der Hochschulstandorte ermöglicht vielen jungen Rheinland-Pfälzern ein wohnortnahes Studium und eröffnet damit gerade jenen Menschen



neue Bildungschancen, die sich ein wohnortfernes Studium nicht leisten können.

Der Ausbau der Hochschulinfrastruktur wurde genutzt, um das Studienangebot an die veränderte Nachfrage anzupassen. Zahlreiche neue grundständige und duale Studiengänge und ein bedarfsgerechtes Weiterbildungsangebot für deutsche und ausländische Studierende wurden eingerichtet. Im Zuge der Hochschulkonversion wurden darüber hinaus zahlreiche neue Stellen geschaffen. Anfang 2010 waren 1.580 Personen an den neuen Standorten beschäftigt – 673 mehr als vor der Konversion. Hierdurch konnten nicht zuletzt auch die Studienbedingungen verbessert werden. Darüber hinaus ermöglicht die moderne Infrastruktur die Umsetzung neuer Lehr- und Lernformen und schafft die Voraussetzung für eine erfolgreiche Forschungsarbeit:



Attraktive Räumlichkeiten und kurze Wege auf den kompakten Campi erleichtern das Studieren. Die Laborräume entsprechen dem aktuellen Stand der Technik und legen die Grundlage für herausragende Ergebnisse. Parallel hierzu haben sich die Drittmittelforschung und der Technologietransfer intensiviert. Die angewandte Forschung hat sich zu einem wichtigen profilbildenden Merkmal der Hochschulen entwickelt. In deren Umfeld sind Kompetenzzentren und Institute entstanden, die der Wirtschaft als Partner für Aufträge, gemeinsame Projekte und den Transfer von Wissen zur Verfügung stehen. Durch den intensivierten Technologietransfer profitiert die Regionalwirtschaft unmittelbar von den neuen Wissenschaftseinrichtungen. Darüber hinaus stärken die Studierenden und Hochschulmitarbeiter die örtliche Kaufkraft und tragen zu einer Belebung des Kultur- und Freizeitangebots am Standort bei.



# 3. BEISPIELE

## 3.1 Martin-Luther-King-Park, Mainz

Die Siedlung „Martin-Luther-King“ befindet sich im Herzen der Stadt Mainz. Bis zum Jahr 1995 diente das Wohngebiet den amerikanischen Streitkräften. Nach ihrem Abzug erwarb die Wohnbau Mainz GmbH das gesamte Areal mit seinen 750 Wohnungen.



Charakteristisch für die Anlage ist eine viergeschossige offene Bebauung mit Wohnzeilen überwiegend aus den 50er und 60er Jahren. Ein rechtwinkliges, überdimensioniertes Straßensystem mit großen Parkflächen vor den Gebäuden galt als Ausgangssituation für eine Neukonzeption, zu der ein europaweiter Gestaltungswettbewerb aus dem Jahre 1996 zahlreiche Ideen und Impulse beisteuerte. Das Finanzministerium Rheinland-Pfalz bewilligte Zuschüsse in Höhe von 10,6 Mio. Euro zur Umwandlung von 426 Wohnungen.

Grundidee für die Umgestaltung war die Schaffung einer gartenstadtähnlichen Siedlung. Die Straßenanlagen wurden reduziert und die großen Freiflächen zwischen den Wohnhäusern zu Grünanlagen ausgestaltet. Die Gebäude wurden modernisiert und mit Balkons und Dachterrassen versehen. Ein wesent-



liches Entwurfsprinzip war das „frauenspezifische generationsübergreifende“ Wohnen. Als Zielgruppen wurden alleinerziehende Mütter, Familien und ältere Frauen festgelegt. Ein Nahversorgungszentrum mit kulturellen und gastronomischen Einrichtungen sowie eine Grundschule und eine Kindertagesstätte wurden eingerichtet und runden das infrastrukturelle Angebot ab.

Der alte Name der Wohnsiedlung wurde bewusst beibehalten: Martin-Luther-King steht für ein friedliches Nebeneinander aller Menschen unabhängig ihrer sozialen Zugehörigkeit. Die Ergänzung um den Begriff „Park“ soll darauf verweisen, dass Freiraum und ein hoher Grünanteil wichtige Bestandteile dieser neuen Wohnsiedlung sind.

**Freigabe:** 1995

Konversion abgeschlossen

**Lage:** westlich des Mainzer Hauptbahnhofs;  
zentrale Lage in der Wachstumsregion Rhein-Main

**Vornutzung:** Kaserne

**Heutige Nutzung:** Wohngebiet

**Auswirkungen auf die Stadt- und Regionalentwicklung:**

Entwicklung eines modernen Wohngebiets in zentraler Lage in Nachbarschaft des Hauptbahnhofs;  
Schaffung zusätzlichen Wohnraums

## 3.2 Kooperation mit US-Streitkräften

### Kooperationsprojekt zur Förderung der beruflichen Erstausbildung für benachteiligte Jugendliche, Kaiserslautern

In einem Kooperationsprojekt von US-Militär, dem Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen und der Handwerkskammer Kaiserslautern werden benachteiligte Jugendliche in der Lehrwerkstatt des TLSC-E, einer logistischen Unterstützungseinheit der US-Streitkräfte, ausgebildet.

Die geplante Schließung der Ausbildungswerkstatt wurde durch das Kooperationsprojekt verhindert. Stattdessen konnten dort – mit finanzieller Förderung des Landes – seit 1994 insgesamt 331 Jugendliche ausgebildet werden, die ansonsten vermutlich ohne Arbeit geblieben wären. Die Ausbildung in den Berufen Kraftfahrzeugmechaniker/-mechatroniker, Informationselektroniker, Schreiner/Tischler ist so gestaltet, dass sie auch auf dem deutschen Arbeitsmarkt voll verwertet werden kann. Durch den qualifizierten Berufsabschluss werden die Vermittlungschancen der Jugendlichen ganz entscheidend verbessert.

Die Lehrwerkstatt nimmt regelmäßig und erfolgreich an Landes- und Bundeswettbewerben teil; das Projekt genießt höchste Anerkennung.

An dem Beispiel aus Kaiserslautern wird deutlich, dass in dieser strukturschwachen Region ein konstruktives und freundschaftliches Miteinander gelebt wird.





## Zur Kooperation zwischen Landesregierung und US-Streitkräften:

„Aus Sicht der Hauptbetriebsvertretung ging es im Rahmen der Beschäftigungskonversion von Anfang an vorrangig um eine konkrete Hilfestellung für die Menschen. Also um jede und jeden einzelnen Beschäftigten und ihre bzw. seine persönlichen Chancen und Perspektiven bei einem drohenden Arbeitsplatzverlust.

Den Beschäftigten sollte es ermöglicht werden, sich mithilfe von Fort- und Weiterbildungen auf ein Leben „nach den Amerikanern“ vorzubereiten und sich gleichzeitig für den derzeitigen Arbeitsplatz oder eine interne Alternative zu qualifizieren.



Genau diesen Weg hat das Land Rheinland-Pfalz von Anfang an mit einer gezielten Förderung von passgenauen und individuellen Qualifikationsmaß-

nahmen verfolgt. So konnten den von Arbeitslosigkeit bedrohten Beschäftigten durch eine zielorientierte Beratung und Unterstützung in zahlreichen Dienststellen und Einheiten neue Optionen aufgezeigt werden. Auf diese Weise wurde ihr sozialer und gesellschaftlicher Status gesichert; niemand wurde mit seinen Zukunftsängsten und Sorgen alleine gelassen.

Durch die fachlich kompetente Begleitung, die umfangreiche finanzielle Förderung durch das Land Rheinland-Pfalz und dank des persönlichen Einsatzes vieler einzelner Akteurinnen und Akteure konnten den Beschäftigten in den vergangenen Jahren immer wieder neue berufliche Perspektiven eröffnet werden. Ihnen wurden Wege aus einer anfänglich oftmals hoffnungslos erscheinenden Situation aufgezeigt. Das durchweg mehr als positive Feedback aus den Reihen meiner Kolleginnen und Kollegen ist hierfür ein eindeutiger Beleg.

Wir als Interessenvertretung der zivilen Beschäftigten bei den US-Streitkräften hoffen, dass uns das Land bei der Beschäftigungskonversion auch weiterhin mit diesen hilfreichen Instrumenten zur Seite steht. Nur so kann auch in Zukunft den anstehenden Veränderungen auf angemessene Weise begegnet und den betroffenen Menschen umfassend geholfen werden.“

Andreas Rogel, Vorsitzender der Hauptbetriebsvertretung  
USAREUR Heidelberg

### 3.3 Trier Petrisberg

Den Truppenabzug der französischen Garnison Anfang der 1990er Jahre und dessen wirtschaftliche Folgen hat die älteste Stadt Deutschlands gut verkraftet, der Zugewinn an Wohnraum und freien Flächen war für die Stadt sogar positiv.

Auf einem ehemaligen Kasernengelände wird seit 2002 ein neues Stadtquartier mit Wissenschaftspark, Freizeiteinrichtungen und Wohngebieten geschaffen. Eine von privaten Gesellschaftern und der Stadt Trier



gegründete Entwicklungsgesellschaft (Entwicklungsgesellschaft Petrisberg - EGP) ist für die Umsetzung verantwortlich. Kernpunkt des Wissenschaftsparks sind die hochwertig und anspruchsvoll modernisierten Unterkünfte der ehemaligen Kaserne Belvédère. Auf 22.000 m<sup>2</sup> Büro-, Labor- und Klinikflächen, die von der EGP erstellt wurden, sind über 100 Unternehmen aus den Branchen IT und Telekommunika-

tion, Ingenieurdienstleistungen, Medien & Design, unternehmensnahe Dienstleistungen und der Gesundheitswirtschaft ansässig.

Bislang konnten im Wissenschaftspark über 900 Arbeitsplätze geschaffen werden. Die Wohnbauflächen sind weitgehend vermarktet und größtenteils bebaut. Die durch einen städtebaulichen Beirat begleiteten Bauvorhaben haben aufgrund ihrer hohen qualitativen Standards überregional Anerkennung erfahren. Innovative Wohnkonzepte der EGP wurden von den privaten Nachfragern positiv aufgenommen und haben daher auch im Wohnbereich die schnelle Entwicklungsdynamik dieses Konversionsgeländes untermauert. Der Standort Petrisberg hat sich aufgrund der infrastrukturellen Investitionen in die Schaffung eines vielfältigen und anspruchsvoll gestalteten Landschaftsraums mit integrierten Spiel- und Sporteinrichtungen zu einem sehr beliebten Ausflugsziel entwickelt. Die Konversionsziele konnten in relativ kurzer Zeit bereits weitestgehend erreicht werden.



**Freigabe:** 1999,  
Start der Entwicklung 2002

Entwicklung weitgehend abgeschlossen

**Größe:** ca. 70 ha Gesamtfläche

**Lage:** exponierte Lage oberhalb der Stadt Trier

**Vornutzung:** Kaserne

**Heutige Nutzung:**

stadtergänzende und hochschulaffine Nutzungen mit ausgewogenem Nutzungsmix: Wissenschaftspark, hochwertiges Wohnen, Freizeit

**Projektorganisation:**

PPP-Modell mit guter Steuerungsmöglichkeit der Kommune, Umsetzung durch die Entwicklungsgesellschaft Petrisberg mit Beteiligung der Stadt (EGP), intensive Beratung der Bauherren

**Auswirkungen auf die Stadt- und  
Regionalentwicklung:**

stadtergänzendes, hochwertiges Stadtquartier, Angebot von stadtnahem Wohneigentum mit hoher Nachfrage, Landesgartenschau 2004 als Impulsgeber

**Arbeitsplätze:** über 900



### 3.4 Flughafen Frankfurt-Hahn

Bis in die 1990er Jahre unterhielt die US-Luftwaffe mit Bitburg, Hahn, Ramstein, Sembach, Spangdahlem und Zweibrücken sechs große Flugplätze in Rheinland-Pfalz. Nur Ramstein und Spangdahlem bestehen noch heute als Militärflughäfen fort. Die anderen Standorte wurden nach der Räumung durch die Streitkräfte an den Bund übergeben. Sie werden mit unterschiedlichen Konzepten als Konversionsprojekte für die zivile Anschlussnutzung entwickelt. Eine besondere Rolle nimmt dabei der Flughafen Frankfurt-Hahn ein, der innerhalb weniger Jahre zu einem erfolgreichen Zivilflughafen wurde und heute unter Deutschlands Verkehrsflughäfen den 5. Platz bei der Frachtabfertigung und den 11. Rang bei den Fluggastzahlen belegt.

Nach der Freigabe der NATO Air Base Hahn konnten die Weichen für die zivile Anschlussnutzung gestellt werden. Seit 1998 wurde das Projekt im Rahmen eines Public-Private-Partnership durch die Frankfurter Fraport AG und die Länder Rheinland-Pfalz und später Hessen entwickelt. Seit März 2009 hält Rheinland-Pfalz 82,5 Prozent der Anteile an der Flughafen Frankfurt-Hahn GmbH. 2009 wurde darüber hinaus die Entwicklungsgesellschaft Hahn (EGH) gegründet und mit dem Ausbau der Infrastruktur im Flughafenumland betraut.

Der Flughafen Frankfurt-Hahn traf bei seiner Gründung auf einen bereits voll entwickelten Markt, den etablierte Flughäfen unter sich aufgeteilt hatten. Die

Chance für den Newcomer lag in der konsequenten Umsetzung des Low-Cost-Prinzips, d. h. des Fliegens zu günstigen Kosten. Was heute fast schon die Regel ist, nämlich Low-Cost-Fluglinien weltweit auch an etablierten Flughafensstandorten anzutreffen, war damals für den deutschen Markt etwas Neues. Als Flughafen der niedrigen Kosten, der auf Extras verzichtete und nur das Allernötigste bot, gelang es, die notwendige Marktnische zu finden und zu erschließen. Die Passagiere hat das Angebot überzeugt: 2009 wurden rd. 3,8 Mio. Fluggäste gezählt. Die Fluggesellschaften und Unternehmen am Hahn schätzen die 3.800 m lange Start- und Landebahn, die 24-Std.-Betriebsgenehmigung, die niedrigen Gebühren und die gute Verkehrsanbindung, die sich mit Bahnanschluss, Hochmoselübergang und vierspurigem Ausbau von Bundesstraßen noch verbessern wird.

Direkt auf dem Flughafengelände waren Ende 2009 113 Unternehmen mit ca. 3.100 Beschäftigten aktiv. Während der militärischen Nutzung waren lediglich rd. 800 zivile Arbeitnehmer am Flugplatz beschäftigt. Einer Studie des Zentrums für Recht und Wirtschaft des Luftverkehrs der FH Trier zufolge war der Flughafen zudem in einer für das Jahr 2008 ermittelten Bilanz bundesweit für 11.000 Arbeitsplätze verantwortlich. Der Flughafen Frankfurt-Hahn hat nicht nur die Entwicklung einer Region dynamisiert, sondern weit über deren Grenzen hinaus wirtschaftliche Strahlkraft entfaltet.

**Freigabe:** 1993

**Größe:** 560 ha

**Lage:** strukturschwacher, ländlicher Raum

**Vornutzung:** NATO-Militärflugplatz

**Heutige Nutzung:** Flughafen

**Projektorganisation:**

Entwicklung und Betrieb durch

- Entwicklungsgesellschaft Hahn mbH (EGH) - Landseite
- sowie Flughafen-Frankfurt-Hahn GmbH (FFHG) - Luftseite

**Auswirkungen auf die Stadt- und Regionalentwicklung:**

wichtige strukturpolitische Maßnahme im ländlichen Raum, Motor für die Gesamtentwicklung der Region Rhein-Hunsrück, erster internationaler Verkehrsflughafen in Rheinland-Pfalz, Funktion als überregionales „Leuchtturmprojekt“

**Arbeitsplätze:** 3.100 auf dem Flughafengelände





### 3.5 Umwelt-Campus Birkenfeld

Die Verbandsgemeinde Birkenfeld im landschaftlich reizvollen Naturpark Saar-Hunsrück, gehört zu den dünn besiedelten und strukturschwächeren Regionen des Landes. Wegen der starken Abhängigkeit der Region vom Militär hatte die Standortschließung des US-Reservelazaretts starke negative Auswirkungen.



Beabsichtigt war, den Raum als Öko-Region zu positionieren. Als Motor dieser Entwicklung wurde auf dem Gelände des Hospitals ein Umweltcampus aufgebaut. Nach amerikanischem Vorbild werden Lernen, Leben und Arbeiten an einem Ort vereint. Der Umweltcampus wird als einzige deutsche Hochschule ausschließlich mit erneuerbaren Energien versorgt und bietet schwerpunktmäßig auf das Thema Umwelt ausgerichtete Studiengänge. Er besteht aus einer Fachhochschule (FH), einem Innovations- und Gründerpark, einem Gewerbepark und einem umweltfreundlichen Tagungshotel mit Weiterbildungszentrum. Darüber hinaus stehen ein Campus-Restaurant und 600 Wohnheimplätze zur Verfügung.

Im Juli 1995 wurde mit 35 ha von insgesamt 42 ha der größte Teil des Geländes des ehemaligen US-Reservelazaretts freigegeben. Die Neu- und Umbaumaßnahmen mit Gesamtkosten von rd. 55 Mio. Euro wurden 2008 abgeschlossen. Während die zweigeschossige Krankenstation für Büroräume und Seminarräume umgenutzt werden konnte, wurden die ursprünglich speziell für medizinische Abläufe konzipierten Sondertrakte im Zentrum der Anlage, die den räumlichen und technischen Anforderungen nicht entsprachen, durch geeignete Neubauten ersetzt.

Der Studienbetrieb wurde zum Wintersemester 1996/1997 mit zunächst 556 Studierenden aufgenommen. Mittlerweile werden neun Bachelor- und zehn Masterstudiengänge im Bereich der Ingenieur- und Naturwissenschaften, der Betriebswirtschaft und des Wirtschaftsrechts angeboten. Im Wintersemester 2009/2010 waren 2.262 Studierende eingeschrieben.



**Freigabe:** 1995

Konversion ist abgeschlossen

**Größe:** 35 ha

**Lage:** strukturschwacher, ländlicher Raum

**Vornutzung:** US-Militärhospital

**Heutige Nutzung:**

Modellprojekt Umweltcampus mit vier Säulen

- FH als Campus-Hochschule,
- Innovations- und Gründerpark,
- Gewerbepark,
- umweltfreundliches Tagungshotel, Weiterbildungszentrum

**Projektorganisation:**

Umsetzung der FH durch das Land, Umsetzung des Umweltcampus durch die Campus-Company GmbH (mit Landesbeteiligung)

**Auswirkungen auf die Stadt- und**

**Regionalentwicklung:**

wichtige strukturpolitische Maßnahme im ländlichen Raum mit dem Ziel einer Gesamtentwicklung als Öko-Region

**Arbeitsplätze:** ca. 220



### 3.6 PRE-Park, Kaiserslautern

Auf dem Gelände der ehemaligen Holtzendorff-Kaserne am östlichen Rand der Stadt Kaiserslautern, mit direktem Anschluss an A6 und A63, ist ein Technologiestandort nach amerikanischem Campus-Vorbild entstanden. Realisiert wurde ein hochmoderner Technologie- und Dienstleistungspark, eingebettet in ein Spektrum attraktiver Freizeitmöglichkeiten. Der PRE-Park gehört zu den erfolgreichsten Konversionsprojekten des Landes. Über 2.500 Arbeitsplätze sind hier entstanden.



Die Kooperation von Unternehmen, Institutionen, der Technischen Universität (TU) und der Fachhochschule Kaiserslautern (FH) ermöglichen Synergieeffekte. Mit der Entstehung des PRE-Parks wurde der Weg für die neue Ausrichtung der Stadt hin zur „Technopole“ beschritten. Das PRE-Park Konzept setzt auf zukunftsweisende Technologien wie Software-Entwicklung, Techno- und Wirtschaftsmathematik und die Informations- und Kommunikationstechnik. Neben Instituten und Technologieunternehmen wurden u.a.

ein großes Möbeleinkaufszentrum, ein Multiplex-Kino und ein Freizeitbad angesiedelt.



Besondere Dynamik hat die Entwicklung aufgrund ihres außergewöhnlichen Public-Private-Partnership-Modells (PPP) – dem Zusammenschluss von sechs ortsansässigen Unternehmern zur PRE = Pfälzische Regional-Entwicklungsgesellschaft – erhalten. Die PRE erwarb die Liegenschaft 1997 und entwickelte den Standort auf Basis eines städtebaulichen Vertrages.





**Freigabe:** 1992, Start: 1997 mit Abschluss des städtebaulichen Vertrages

Entwicklung weitgehend abgeschlossen; aufgrund des großen Erfolgs ist eine Erweiterung des PRE-Park beabsichtigt

**Größe:** 68 ha Gesamtfläche

**Lage:** östl. Stadtrand von Kaiserslautern, sehr günstige überregionale Erschließung durch Anschluss an die Autobahnen A 6 und A63

**Vornutzung:** Kaserne

**Heutige Nutzung:**

ganzheitliches (Technologie-)Konzept; Symbiose aus Forschen, Wohnen, Einkaufen und Freizeit

**Projektorganisation:** besonderes PPP-Modell: erfolgreiche, professionelle Projektentwicklung durch Zusammenschluss sechs ortsansässiger Unternehmer (PRE = Pfälzische Regional-Entwicklungsgesellschaft mbH)

**Auswirkungen auf die Stadt- und Regionalentwicklung:**

positive Auswirkungen auf die Stadt und die Region, erster Baustein des Technopole-Konzeptes Kaiserslautern

**Arbeitsplätze:** ca. 2.500



## 3.7 Flughafen Zweibrücken

Der 1992 freigegebene ehemalige Militärflugplatz war das erste Konversionsprojekt in Rheinland-Pfalz. Seit Mitte der 1990er Jahre wird er in Verantwortung der Region und des Landes auf breiter Grundlage nachhaltig entwickelt. Das Entwicklungskonzept gründet auf vier Säulen:



- Im Flugbetriebsbereich erfolgte der Durchbruch mit den Engagements der Germanwings mit einer täglichen Berlin-Verbindung in 2006 und der TUI-Gruppe in 2007. Seit 2006 hat sich die Zahl der Fluggäste mehr als verfünffacht und 2009 wurden knapp 340.000 Passagiere am Flughafen gezählt. Nach Terminalumbau in 2007/2008 und umfassender Sanierung der Start- und Landebahn in 2009, bei der auch eine Mittellinien- und Aufsetzonenbefahrung integriert wurde, verfügt der Flughafen Zweibrücken über alle Voraussetzungen für internationalen Flugbetrieb auf wettbewerbsfähigem Niveau.

- Überregional bekannt sind die „Style Outlets Zweibrücken“ als größtes Fabrikverkaufszentrum Deutschlands und europaweit einziges mit direktem Flughafenanschluss. Im Zuge der laufenden Erweiterung der Verkaufsflächen und des Angebots an Designermarken stieg das Besuchsaufkommen 2009 auf 2,5 Millionen. Mit der aktuellen Erweiterung um 30 auf dann 130 Geschäfte werden künftig knapp 1.000 Menschen im Outlet beschäftigt sein.

- Der „Multimedia-Internet-Park“ als in Deutschland einzigartiges Gründerzentrum bietet Unternehmensneugründungen im Bereich der neuen Medien und des Internets besondere Förder-, Marketing- und Dienstleistungskonzepte und begleitet diese aktiv auf dem Weg zur Selbständigkeit. Die United Internet AG als führender europäischer Internet-Dienstleister betreibt das Zentrum über die eigens gegründete Tochtergesellschaft 1&1 Multimedia Service GmbH. Gegenwärtig ist das Zentrum mit mehr als 30 jungen Unternehmen und rd. 700 Arbeitsplätzen fast vollständig ausgebucht.

- Der Freizeit- und Tourismusbereich ist mit mehreren Einrichtungen und Angeboten bereits gut etabliert und wird noch um weitere Attraktionen ergänzt. Im Juni 2010 wurde der Familien-Freizeit-Park „World of Fun“ eröffnet, der neben Eishalle, Bowlingbahn, Kinderspielpark und Blacklight Indoor-Minigolfanlage auch eine Erlebnisgastronomie anbietet und Freizeitvergnügen bei jedem Wetter garantiert.

2009 ist die Zahl der Arbeitsplätze auf dem Flughafen auf 2.600 gestiegen. Mittelbare Beschäftigungseffekte einbezogen entstanden sogar mehr als 4.500 Arbeitsplätze, während zu Militärzeiten lediglich ca. 350 zivile Arbeitskräfte beschäftigt waren. In unmittelbarer Nähe des Flugplatzes hält der Zweckverband Entwicklungsgebiet Flugplatz Zweibrücken (ZEF) größere zusammenhängende Industrie- und Gewerbeflächen für Neuansiedlungen bereit.

**Freigabe:** 1992

**Größe:** 310 ha

**Lage:** strukturschwacher, ländlicher Raum

**Vornutzung:** US-Militärflugplatz

**Heutige Nutzung:** Regionalflughafen, Gründerzentrum, Designer-Outlet-Zentrum, Freizeitpark

**Projektorganisation:** Land Rheinland-Pfalz

### **Auswirkungen auf die Stadt- und Regionalentwicklung:**

wichtige strukturpolitische Maßnahme im ländlichen Raum, Motor für die Gesamtentwicklung in der Region Saar-Pfalz

**Arbeitsplätze:** 2.600 auf dem Flughafengelände



# 4. PERSPEKTIVEN

## 4.1 Zwischenbilanz

Das Thema Konversion begleitet Rheinland-Pfalz seit nunmehr 20 Jahren. Aus einem zuvor abstrakten Begriff sind landesweit reale Projekte hervorgegangen, die deutlich wahrnehmbare Entwicklungsimpulse gesetzt haben. Konversion ist heute – ob bewusst oder unbewusst – ein Teil des öffentlichen Lebens geworden, nicht nur in der öffentlichen Verwaltung und in Wirtschaftsunternehmen, sondern auch für viele Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler ganz direkt: als Ort des Arbeitsplatzes, als Ort der Weiterbildung an einer Universität, als Wohnort, oder als Ausgangspunkt für die Flugreise in den Urlaub.

So unterschiedlich die Erfahrungen mit Konversion auch sind, eine Erkenntnis gilt für alle Konversionsprojekte aufgrund ihrer Entstehungsgeschichte: Sie wurden durch einen grundlegenden Strukturwandel notwendig und haben die Chance eröffnet, den Wandel aktiv zur positiven Entwicklung unseres Landes

zu nutzen. Dieser Wandel ist nicht abgeschlossen. Globalisierungseffekte, der demographische Wandel und sicher auch neue, noch nicht absehbare Veränderungen – wie die der ersten Welle der Konversion am Ende des Kalten Krieges – werden sich einerseits auf bestehende Projekte auswirken und andererseits neue Konversionsbedarfe erzeugen.

Um einen langfristigen Erfolg des bisher Erreichten sicherzustellen, wird es auch in Zukunft eines geschickten Managements bedürfen, um auf neue Herausforderungen zu reagieren. Eine bedarfsgerechte Anpassung von Instrumenten und Strategien wird notwendig sein. Aus diesem Grunde trägt auch eine Bilanz nach 20 Jahren Konversion in Rheinland-Pfalz die Überschrift Zwischenbilanz und kann in groben Zahlen wie folgt zusammengefasst werden:

## 4.2 Überblick

### Seit 1991 wurden:

- 570 Flächen entwickelt, bzw. befinden sich zurzeit in Entwicklung,
- 35.000 direkte neue Arbeitsplätze in den Konversionsprojekten geschaffen,
- 1,25 Milliarden Euro Wertschöpfung pro Jahr in diesen Projekten erwirtschaftet.

Die Schaffung neuer sowie die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze war das Hauptziel der Konversionsbemühungen der Akteure auf Kommunal- und Landesebene. Die Aktivitäten in der Konversion führten darüber hinaus zu einem wichtigen Folgeeffekt, der sich heute in der Gesamtbetrachtung des bisher Erreichten zeigt:

Es konnte im Rahmen der Konversion eine systematische Strukturerneuerung des Landes eingeleitet werden. Darüber hinaus wurden nachhaltige beschäftigungspolitische Impulse gesetzt. Diese umfassen drei Standbeine:

- Stärkung bereits bestehender nachhaltiger Entwicklungen
- Setzen neuer Entwicklungsimpulse über „Leuchtturmprojekte“

- Sicherung vorhandener Strukturen soweit möglich

So wurden über Konversionsprojekte bisher 90 (!) „Leuchttürme“ in Rheinland-Pfalz errichtet, die bereits überregionale Strahlkraft für die Landesentwicklung besitzen bzw. langsam entfalten.

In der vorliegenden Zwischenbilanz ist deshalb neben den projektbezogenen Ergebnissen auch ein wichtiger Kompetenzzuwachs für den Standort Rheinland-Pfalz zu erwähnen. Kommunen, Land und regionale Unternehmen haben ein einzigartiges Know-how im Bezug auf den Umgang mit den Herausforderungen des Strukturwandels aufgebaut. Das Landesmotto – Wir machen's einfach! – ist Ausdruck dieser gesammelten Erfahrungen und wird auch in Zukunft vorteilhaft für die Entwicklung unseres Landes eingesetzt werden können.

## 4.3 Agenda Konversion

Der Gesamtprozess der Konversion in Rheinland-Pfalz ist trotz erreichter Zwischenziele bei weitem nicht abgeschlossen. Aus der Rückschau ergeben sich drei Arbeitsbereiche, in denen sich sowohl die öffentliche Hand als auch private Träger in Zukunft mit diesem Thema auseinandersetzen werden:

### 1. bestehende Konversionsprojekte

Als Regel guten Managements gilt: Entwicklungen sind nie abgeschlossen. Bei einigen Projekten muss nachgesteuert werden, um den erwünschten Erfolg zu erzielen. Bereits erfolgreiche Projekte sollten nach Möglichkeit auf absehbare Veränderungen vorbereitet bzw. erweitert werden. So erfolgte zum Beispiel beim, seit Beginn erfolgreichen, Projekt PRE-Park in Kaiserslautern (siehe Seite 32) im Jahr 2006 eine Erweiterung, um zusätzliche Synergien zu erzeugen und weitere Arbeitsplätze zu schaffen.

### 2. bestehende Militärstandorte

Vorausschauende Konversion setzt sich auch mit bestehenden Militäreinrichtungen auseinander. Hier gilt es, insbesondere die Standorte mit wirtschaftlich hoher Ausstrahlungskraft (hohe Anzahl deutscher Zivilangestellter, Dienstleister, regionale Wertschöpfung usw.) nach Möglichkeit langfristig zu erhalten. Unter dem Gesichtspunkt der „Konversionsvermeidung“ haben Kommunen und Landesregierung mit ihren Bemühungen zur Stärkung zentraler US-

Standorte im Land einen wichtigen Beitrag für den Erhalt von Arbeitsplätzen und Wirtschaftskraft in den jeweiligen Regionen geleistet. So sind die US-Streitkräfte auch heute noch Arbeitgeber für rund 8.500 Rheinland-Pfälzer – insbesondere in der Westpfalz.

Eine Beschäftigung mit bestehenden Militärstandorten ist auch aus einem zweiten Punkt von Bedeutung: Dort, wo ein weiterer Abzug nicht vermeidbar ist, unterstützt das Land primär die betroffenen Zivilbeschäftigten bei der beruflichen Neuorientierung in Richtung regionaler Arbeitsmarkt. Darüber hinaus muss es wie bei bereits umgesetzten Konversionsprojekten frühzeitig mit den beteiligten Kommunen, dem Bund und potentiellen Investoren Konzepte für eine Nachnutzung der freiwerdenden Flächen vorbereiten.

### 3. zukünftiger Strukturwandel

Die Nutzung des Know-Hows, das im Rahmen der Umwandlung von militärischen Flächen in zivile Folgeprojekte aufgebaut wurde, wird auch in Zukunft von Bedeutung sein. Aus wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungsprozessen ergibt sich immer wieder neuer Bedarf, Strukturanpassungen vorzunehmen. So haben sich freiwerdende Liegenschaften der Bahn in Rheinland-Pfalz seit Ende der 1990er Jahre zu einer neuen „Baustelle“ der Konversion entwickelt.



Ähnlich wie im Rahmen der militärischen Konversion mussten im Zuge der Bahnkonversion gemeinsam mit einer Vielzahl von Akteuren neue Nutzungen für Flächen und Gebäude gefunden werden, um Leerstände und Brachflächen in Städten zu vermeiden und Arbeitsplatzabbau zu kompensieren. Die gesammelten Erfahrungen konnten bereits erfolgreich in diesem Prozess eingebracht werden. Bestes Beispiel für die Konversion von Bahnbrachen ist die Entwicklung des PRE-Uni Parks in Kaiserslautern. Hier haben sich international renommierte Forschungsinstitute u.a. der Fraunhofer Gesellschaft angesiedelt. Es gilt daher auch in Zukunft, nachhaltige Entwicklungslinien fortzuführen und darüber hinaus nach Möglichkeit neue Potenziale für Rheinland-Pfalz zu erschließen. Absehbare Strukturveränderungen werden zukünftig insbesondere durch drei gesellschaftspolitische Prozesse notwendig werden:

- Die Folgen des **demographischen Wandels**, der sowohl eine Schrumpfung als auch ein Älterwerden der Bevölkerung mit sich bringt;
- die Folgen der **Globalisierung**, die eine Behauptung der Wettbewerbsposition durch Ausbau der Standortqualitäten und ständige Innovationen erforderlich machen;
- die angespannte **Finanzlage** der öffentlichen Hand bei gleichzeitiger Notwendigkeit, öffentliche Leistungen zu erhalten und solidarisch zu verteilen.



## 4.4 Herausforderungen der Zukunft

Der Rückblick auf 20 Jahre Konversion sollte aus diesen Gründen genutzt werden, um gleichzeitig einen Ausblick auf unser Land in 20 Jahren zu wagen. Demographischer Wandel, die Situation auf dem Arbeitsmarkt, Globalisierung und finanzielle Konsolidierung werden in Zukunft in verstärktem Maße eine Wirtschafts- und Kommunalpolitik notwendig machen, die die Weiterführung von Ansätzen und Instrumenten beinhaltet, die sich im Umgang mit der Konversion bewährt haben.

Insbesondere im ländlichen Raum wird in den nächsten Jahrzehnten eine Bevölkerungsabnahme prognostiziert und ist zum Teil bereits eingetreten. Hieraus ergibt sich die Aufgabe, öffentliche Funktionen (Kindergärten, technische Infrastruktur, usw.) auch unter diesen sich verändernden Bedingungen aufrecht zu erhalten und gleichzeitig den öffentlichen Mitteleinsatz nicht ausufern zu lassen. Die Erfahrungen aus der Konversion können für diese Aufgabe genutzt werden.



Gegensteuernde Maßnahmen, die Abwanderungstendenzen aus ländlichen Gebieten in Städte durch die Schaffung attraktiver Angebote für junge Familien abmildern, sind ein Baustein dieser Gestaltungsaufgabe. Hier hat Rheinland-Pfalz bereits Maßstäbe im Betreuungsangebot für Kinder gesetzt. Auch der Anschluss kleiner Gemeinden an schnelle Internet- und Datenverbindungen (z.B. DSL) ist für das Land von Priorität.

Aber auch Strukturveränderungen sind im Rahmen der notwendigen Anpassungsprozesse vorzunehmen. So wird in zunehmendem Maße die finanzielle Anforderung bestehen, öffentliche Einrichtungen, wie z.B. Schwimmbäder gemeinsam mit privaten Partnern zu betreiben, um einer weiteren finanziellen Schieflage der Kommunen vorzubeugen bzw. die Schließung von Einrichtungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

Die im Rahmen der Konversion gemachten Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit privaten Betreibern (Public-Private-Partnerships / PPP) können hierfür genutzt werden. Auch Fusionen von kleinen Verwaltungseinheiten, wie sie zurzeit im Rahmen der Strukturreform des Landes umgesetzt werden, können dazu beitragen, Kosten der öffentlichen Verwaltung zu senken und öffentliche Funktionen vor Ort langfristig zu sichern. Nicht der Erhalt der Verwaltungsstrukturen selbst darf dabei im Vordergrund stehen, sondern die Wahrung aktiver Kommunen als lebenswerte Orte des Wohnens und Gemeinwesens für die Bürger.



## 4.5 Entwicklungsansätze

Aus dieser Perspektive ergeben sich mehrere Entwicklungslinien, die für die strukturelle und beschäftigungspolitische Weiterentwicklung des Landes von besonderer Bedeutung sind. Diese Ansätze wurden bereits in den letzten Jahren im Rahmen vieler Konversionsprojekte angestoßen und müssen auch in Zukunft konsequent fortgeführt werden.

Es gilt, den Menschen mit seinen Fähigkeiten und Fertigkeiten im Zentrum dieser Veränderungsprozesse zu sehen und diese weiterzuentwickeln. Über das Instrumentarium der Beschäftigungskonversion, bestehend aus Beratung, Qualifizierung und Vermittlung kann erreicht werden, dass die Betroffenen sich auf diese Prozesse einlassen und neue berufliche Perspektiven entwickelt werden.

So wurde im Rahmen der Konversion mit dem Aufbau von Projektnetzwerken (Cluster) begonnen. Über die Bündelung und Vernetzung von sich ergänzenden Initiativen und Investitionen konnten überregional bedeutsame Branchenschwerpunkte gesetzt werden. Diese intensivieren bestehende oder setzen zum Teil neue Standortstärken. Beispielsweise konnte Kaiserslautern über Konversionsprojekte konsequent zu einem Technologie- und Forschungsstandort weiterentwickelt werden. Im Umfeld des Flughafens Hahn haben sich eine Vielzahl von Unternehmen im Bereich Transport und Logistik angesiedelt und machen den Standort dadurch für weitere Unternehmen zunehmend interessant.

Darüber hinaus müssen Wissensnetzwerke weiter ausgebaut werden, die den „Rohstoff Bildung“ nutzen und einen Wissenstransfer zwischen den Hochschulen und der Wirtschaft organisieren. Diese „Verortung von Know-How“ wird in Zukunft noch an Bedeutung gewinnen und kann heimischen Unternehmen eine Zukunftsperspektive vor Ort ermöglichen und als Anreiz für die Ansiedlung neuer Arbeitsplätze dienen.

Auch die Stärkung von Kommunen ist für das Land von besonderer Bedeutung. Hauptziel der Bemühungen ist der Erhalt aktiver und lebenswerter Städte und Gemeinden als Grundlage unserer Gesellschaft. Bürgerengagement ist hierfür unerlässlich. Dessen Förderung wird auch in Zukunft ein Schwerpunkt der Landespolitik bleiben. Die strukturelle Konsolidierung der Verwaltung als Dienstleister für die Bürger wird weitergeführt werden.

Als wichtigste Erkenntnis aus der Konversion ist festzuhalten, dass sich abzeichnende Veränderungsprozesse in der Regel am effektivsten durch konsequentes und schnelles Handeln aller Beteiligten im Dialog bewältigen lassen. Auch die Herausforderungen der Zukunft wird Rheinland-Pfalz engagiert angehen.

**Wir machen's einfach!**







Rheinland-Pfalz

Ministerium des Innern und für Sport  
Schillerplatz 3 – 5  
55116 Mainz

Telefon: 06131 – 160  
Telefax: 06131 – 163595  
[poststelle@ism.rlp.de](mailto:poststelle@ism.rlp.de)